
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Stadtteilzentren als generationsübergreifende Begegnungsorte im Kiez stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die für den sozialen Zusammenhalt bedeutsame Arbeit der Berliner Stadtteilzentren auszuweiten und pro Bezirk ein weiteres Stadtteilzentrum zu schaffen. Dafür ist umgehend die Standortwahl mit den Bezirken abzustimmen und die Einrichtung zu beginnen. Weiterhin soll der Senat ein Konzept vorlegen, in dem

- Szenarien für die Ausweitung des Angebots von Stadtteilzentren entwickelt werden, sodass die Stadtteilzentren zur zentralen Anlaufstelle für die Menschen in ihrem Kiez werden, insbesondere für Senior:innen,
- eine Schnittstelle zu den Beratungsangeboten und Service-Dienstleistungen der Bezirksämter für die Anwohner:innen geschaffen wird,
- Programme zur fortschreitenden Digitalisierung in der Gesellschaft angeboten werden, die den Bedürfnissen aller demografischen und sozialen Gruppen gerecht werden,
- gleichzeitig Angebote geschaffen werden, die eine gesellschaftliche Teilhabe auch ohne digitale Nutzung weiterhin ermöglichen. Hierbei sind die Angebote inklusiv und mehrsprachig zu gestalten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2023 zu berichten.

Begründung:

In einer Großstadt wie Berlin, in der die Mehrheit aller Personen in Ein-Personen-Haushalten leben und gleichzeitig der Anteil der Über-65-Jährigen bereits knapp 20 Prozent liegt und weiter ansteigen wird, sind Orte der sozialen Begegnung von großer Bedeutung.

Die Corona-Krise hat hervorgehoben, wie wichtig soziale Kontakte für den Zusammenhalt in der Gesellschaft sind und dass Vereinsamung aktiv entgegengewirkt werden muss. Insbesondere sind Senior:innen von Einsamkeit betroffen und benötigen fußläufig zu erreichende Einrichtungen, in denen sie sich mit anderen austauschen und Unterstützungs-, Hilfs- und Kontaktangebote für alle Belange des Lebens erhalten können. Das Erfolgsmodell der Stadtteilzentren hat bewiesen, welchen Mehrwert es für die städtische Gesellschaft hat – auch bei der Integration von neu nach Berlin ziehenden Menschen wie aktuell in der Ukraine-Krise. Eine Ausweitung dieser Angebote im Stadtgebiet sowie eine Verbreiterung der Angebote ist daher vorausschauende Daseinsvorsorge für ein gutes Leben in der Stadt.

Berlin, 8. Februar 2023

Saleh Atli Düsterhöft
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Gebel Graf N.N.
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke